

## Wachstumshormone in importierten Fleischwaren



Margrit Neukomm, Zentralvizepräsidentin, Bern

Das grösste Problem in der Massenfleischproduktion sind die medikamentösen Zusätze. Bisher waren es hauptsächlich die Antibiotika, welche immer öfters für Resistenzen sorgten. Doch jetzt werden auch Hormone immer häufiger im Importfleisch festgestellt. **Speziell das Ractopamin, ein wachstumsförderndes Hormon, das vor allem in Argentinien und Paraguay in der Mast eingesetzt wird, ist zu erwähnen.** Das Steroid fördert das Muskelwachstum, hat eine fettabbauende Wirkung und hemmt gleichzeitig den Proteinabbau.

**In vielen Ländern, besonders in Argentinien, Paraguay und Brasilien, ist das Steroid legal und wird bei Rindern, Schweinen und Truthähnen standardmässig eingesetzt.**

Im Dezember 2019 stoppte Russland die Rindfleischimporte aus Argentinien und Paraguay, weil ihr Aufsichtsdienst Ractopamin im Fleisch festgestellt hatte. Der Einsatz von wach-

tumsfördernden Medikamenten ist in der russischen Rindermast strengstens verboten.

**Zwar ist in der EU und auch in der Schweiz das Steroid Ractopamin verboten. Wie kann jedoch dieses Verbot weiterhin durchgesetzt werden, wenn uns bald die Mercosur-Länder mit immer mehr Fleisch überschwemmen?**

In den südamerikanischen Staaten sowie in Kanada und den USA wird dieses Steroid auch in der Schweinezucht eingesetzt. **Ractopamin wirkt wie Adrenalin auf die Schweine, sie produzieren weniger Fett und dafür umso mehr mageres Fleisch. Ausserdem benötigen sie 20 kg weniger Futter und sind früher schlachtreif!**

### Schweiz vernachlässigt Untersuchungen

Die Schweiz importiert Rindfleisch aller Art aus Argentinien und Paraguay. Von 2014 bis 2016 liess das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) rund hundert Proben von solchem Rindfleisch auf Ractopamin untersuchen. **Damals wurden nur in zwei Fällen Spuren von Ractopamin gefunden. Das BLV informierte anschliessend, dass eine gesundheitliche Gefährdung für die Schweizer Konsumenten ausgeschlossen werden könne.** Zwar schliessen die Gesundheitsbescheinigungen für Fleisch die Anwendung von Wachstumsbeschleunigern aus, doch für die nicht hormonfreien Produkte gelten spezifische Einfuhrbedingungen. **Es wird eine vom Standard abweichende Bescheinigung verlangt, was bedeutet, dass die Einfuhr aus solchen Mastbetrieben trotz Verbot möglich ist.**

**In der Schweiz wurde laut BLV seit 2016 kein Importfleisch mehr auf Ractopamin untersucht, das per Luftfracht geliefert wurde. Ist das nicht eine sträfliche Vernachlässigung des BLV? Wo bleibt da der Schutz der Schweizer Konsumenten?**

**Die Kühe geben dank diesem Medikament mehr Milch und setzen schneller Fleisch an. Je nach gemästeter Tierart, Rinder, Schweine und Truthähne, steigt dadurch die Produktion um 38%.**

### Nebenwirkungen für Menschen und Tiere?

Die Fleischproduzenten der USA setzen häufig Wachstumshormone ein, die in der EU und in der Schweiz wegen ihrer Nebenwirkungen für die Tiere und die möglichen Folgen für die menschliche Gesundheit verboten sind. **Im Jahr 2010 wiesen verschiedene chinesische Mädchen schon im Säuglingsalter ein ungewöhnliches Brustwachstum auf.** Den Grund fanden die Ärzte schliesslich heraus: Alle diese Säuglinge waren mit dem gleichen Milchpulver ernährt worden, das von mit Hormonen behandelten Kühen stammte!

**Welche Auswirkungen diese Hormone auf die Menschen haben, ist bisher nicht ganz genau geklärt. Bei Tierversuchen kam es allerdings bereits bei geringen Dosen zu Missbildungen der Geschlechtsorgane.**

### Weniger Ractopamin in den USA

Tyson Foods, der drittgrösste Schweinefleisch-Produzent der USA, hat den Ausstieg aus der Verwendung von Wachstumsför-



*In den Mercosur-Ländern wird das Wachstumshormon Ractopamin regelmässig eingesetzt (Bild: Rinder in Paraguay). Ein Freihandelsabkommen mit diesen Staaten hätte somit erhöhte gesundheitliche Gefahren zur Folge.*

### Wir laden Sie ein

zur ordentlichen Mitgliederversammlung (Frühlings-Versammlung) der SD Schweiz

Samstag, 4. April 2020, 10.30 bis 15.30 Uhr  
Restaurant «Dietiker»,  
Alte Gasse 1, Suhr (AG)

Sämtliche SD-Mitglieder sind stimmberechtigt. Die Parteiliste freut sich auf Sie!

ren vollzogen. **Das Unternehmen wird ab Februar 2020 keine Schlachtschweine mehr von Bauern kaufen, die Ractopamin bei ihrer Produktion einsetzen.** Immer wieder gab es Nachweise von Ractopamin in Fleischwaren, die zu umfassenden Einfuhrsperren führten, oft von Russland und China.

Fortsetzung Seite 2

**Am 9. Februar 2020 – Nein zur Ausweitung der Rassismus-Strafnorm!  
Meinungsfreiheit erhalten, Demokratie sichern!**

**Wachstumshormone in importierten Fleischwaren***Fortsetzung von Seite 1*

**Tyson will mit diesem Verbot des Steroids die Nachfrage nach amerikanischem Fleisch decken und den einheimischen Bauern mehr Exportmöglichkeiten für ihre Produkte bieten.**

Der US-Konzern denkt dabei besonders an China und andere asiatische Länder, die aufgrund der Afrikanischen Schweinepest und der daraus resultierenden hohen Tierverluste einen grösseren Einfuhrbedarf für Schweinefleisch haben dürften. Nachdem der chinesische Zoll im Juni 2019 im Schweinefleisch aus Kanada den nicht erlaubten Futterzusatzstoff Ractopamin nachgewiesen hatte, stoppte China mit sofortiger Wirkung den Schweinefleischimport aus dem nordamerikanischen Staat. Sogleich wurde auch noch ein Einfuhrverbot für kanadisches Rindfleisch erlassen.

**Keine Einigung über Verbot**

**Auf internationaler Ebene ist man sich nicht einig, ob der Einsatz von Ractopamin als Masthilfe verboten werden soll oder ob dieser lediglich mit einer Höchstgrenze für Fleisch reguliert werden muss.** Wie sich die unterschiedlichen Beurteilungen zwischen den EFTA-Ländern und den Mercosur-Staaten auswirken, ist noch ungewiss! Die weltweite Fleischproduktion wächst rasant, auch wenn die Zahl der Vegetarier und Veganer ständig zunimmt.

**Doch die Weltbevölkerung vermehrt sich immer schneller und der Fleischbedarf wird von derzeit 300 Millionen Tonnen auf eine halbe Milliarde im Jahr 2050 ansteigen.**

Schon jetzt werden 70% der Agrarflächen für die Nutztierhaltung verbraucht. Die Folgen sind fatal: Regenwälder werden zerstört, Böden und Gewässer mit gefährlichen Pestiziden belastet, mit weiteren Folgeschäden für die Natur!

**Es wäre zu begrüßen, wenn alle Menschen auf unserem Globus ihren Fleischkonsum etwas einschränken würden, aus Gründen des Klima-, Umwelt- und Tierschutzes!**

**Und jetzt: Eine mutige Europapolitik!**

Diesen Titel konnte man in einer Ausgabe des Tages-Anzeigers lesen. Es ist weinselige Stimmung während des Jahreswechsels. Und da wähnt man die durch Alkohol erweiterten Gehirnwindungen des eidgenössischen Ungleichschritt-Volkes emotional reif für eine Überdosis Waschpulver! Der Untertitel lautet nämlich wie folgt: «Der Bundesrat muss sich 2020 endlich zusammenraufen und sich für ein Rahmenabkommen mit der EU starkmachen».

**Also erstens einmal – wer sagt dem Bundesrat was er muss? Und zweitens, wenn der Bundesrat sich, also ohne das Schweizer Volk zu fragen oder seinen Willen zu berücksichtigen, exklusiv vom Schweizer Volk getrennt für ein Rahmenabkommen starkmacht, wieso lagert er sich dann nicht gleich auch selbst persönlich, bürokratisch und definitiv nach Brüssel aus?**

Alle Jahre wieder – in der weinseligen Welt abstruser Zukunftsträume von Populisten, Nicht-Populisten, Russisch-Roulette-Spielern und Polit-Depressiven fällt auch das letzte, schamhafte Tarnmäntelchen des Propagandakaders. Vor Jahren schon einmal hiess es da beispielsweise sehr direkt auf der Titelseite «Zerstückelt den Nationalstaat». Was könnte darauf logischerweise folgen? Das grosse Reich der neuen Zeit würde mit bereits und längst nicht mehr sauberen Besen die Scherben aufputzen und in der alten Mülltonne europäischer Geschichte entsorgen!

**Nur – die «Zerstückler» müssten sich vorgängig bewusst werden, dass sie dabei selber in Stücke gehauen werden könnten. Denn eine solche Aufforderung ist eine Anstiftung zum Bürgerkrieg – und mit ebenso mutigem Widerstand, nicht nur von den Leuten der SVP, müssten die «Zerstückler» rechnen.**

Dass Bürgerkriege immer noch «Trittbrettfahrer» anziehen, die das Zerstückeln dann noch schwer berechenbar vervielfältigen, ist den Primärinvestoren meist gleichgültig (oder sie rechnen sogar damit!). Der Bundesrat wird diesmal also dazu aufgerufen, den Mut zu haben, Nationalsuizid einzuleiten. Suizid zu begehen, braucht sicher Mut – meistens ist da der Mut der Verzweiflung derje-



*Auch von progressiv-internationalistischen Medien sollte man sich nicht beeindruckt lassen und als offizielle Schweiz selbstbewusster auftreten. Ein institutionelles Rahmenabkommen hat für uns keinerlei Vorteile!*

nigen, die keine Chance mehr sehen, aus der absoluten Tiefe der Depression und Hoffnungslosigkeit herauszufinden! **Sind wir denn in einer solchen Situation? Wir sind doch schliesslich freie, demokratische, wirtschaftlich und sozial erfolgreiche Schweizer.**

**Verhöhnung und Respektlosigkeit**

**Es bräuchte viel weniger Mut, nur endlich das auf unserer Verfassung beruhende Selbstvertrauen der neuen Grossmacht Europa klarzumachen, dass wir unsere Verfassung nicht zerreißen, unsere Demokratie, unsere Unabhängigkeit und Freiheit nicht zerstückeln lassen.** Die vorgängigen europäischen Reiche haben das in viel schwierigeren Zeiten begriffen! Ich zitiere noch aus dem Propagandaartikel ein paar typische, gegenüber der Demokratie und dem Souverän maximal respektlose Passagen: «Selbst eine Kollegialbehörde kann sich nicht dauernd vor schwierigen Entscheiden (nationale Bankrotterklärung und Anpassung an die neue Zeit) drücken, nur weil Wahlen sind, man auf den Brexit wartet (!) oder die nächste gefährliche SVP-Initiative ansteht.»

**Klar, für die politische Schamlosigkeit der Propaganda ist eine Initiative (ein Primärrecht und Hauptmittel der direkten Demokratie) gefährlich! Es kommt nämlich nicht darauf an, wer eine Initiative zustande bringt, die Unterschriften kommen meistens aus dem ganzen Volk, und vor allem muss das Volk darüber entscheiden.**

**Das ist Verfassungsrecht unseres direkt-demokratischen Rechtsstaates!** Es ist nicht strafbar, darauf verbal herumzutreten! Aber das muss «tiefer gehängt werden» – damit es jeder betroffene Bürger sieht und realisiert! Was danach noch kommt – die üblichen Drohgebärden mit Arbeitsplätzen, die in die EU ausgelagert würden (dann sollen sie aber auch die ausländischen Investoren und die darin beschäftigten ausländischen Arbeitskräfte, inklusive Sozialfälle und anderen Kollateralschäden, mitnehmen) und weiter beispielsweise – «der Forschungsplatz bangt, weil er um die Teilnahme am nächsten Milliardenprogramm Horizon Europe fürchtet».

**So – für wen sind die Milliarden? Und ist Forschung ein den Polithasardeuren und – Spekulanten zu überlassendes Terrain, das mittels Erpressungen, Lügen und Nötigungen betreut werden darf? Forschung muss unabhängig und Aufgabe der freien Universitäten und Institute sein!**

Weinselige und Vertrauensselige – werdet nüchtern! Reinigt eure Synapsen mit klarem, sauberem Wasser von den Polit-Pestiziden!

*Alexander Steinacher, Thalwil*

**Aufgepasst!** Der «Schweizer Demokrat» gehört nach dem Lesen nicht ins Altpapier. Bitte die Zeitung an Freunde und Bekannte weitergeben oder an einem belebten Ort (Restaurant, Wartsaal...) mit dem Zeitungsnamen nach oben liegen lassen... für den nächsten interessierten Leser!

# WEF – Im Zeichen der Globalisierung

Wie alle Jahre wieder trafen sich zwischen dem 21. und 24. Januar 2020 die Wirtschaftseliten der Welt zum Weltwirtschaftsforum (WEF) in Davos, um über aktuelle wirtschafts- und sozialpolitische Fragen zu diskutieren. **Zu den Schwerpunktthemen gehörten dieses Jahr der Klimawandel sowie die Überwindung des ökonomischen und sozialen Ungleichgewichtes. Was vielleicht klingt, als wäre es einem «schweizerdemokratischen» Manifest zur Sozial- und Umweltpolitik entnommen, entspringt in Tat und Wahrheit der offiziellen Internetseite des WEFs.** Ranghohe Gäste aus Politik und Wirtschaft – Staatsoberhäupter namhafter Länder und Funktionäre verschiedenster internationaler Grosskonzerne sowie wirtschaftlich orientierter Institutionen und Organisationen – sie alle sollen dank ihrer Macht gemeinsam unsere Welt zum Besseren verändern.

Nichts läge jedoch der Realität ferner als dieser Wunschtraum, denn das WEF steht vor allem sinnbildlich für die wirtschaftlichen Interessen der Eliten sowie die damit einhergehende zunehmende Globalisierung unserer Wirtschaft, die nicht nur Vorteile mit sich bringt.

## Globalisierung: Nachteile überwiegen

Viele Annehmlichkeiten unseres modernen Luxuslebens sowie ganz alltägliche Dinge gäbe es ohne die Globalisierung nicht. Man denke nur einmal an Kartoffeln und Tomaten, die zuerst aus Südamerika eingeführt werden mussten, bevor sie als Rösti oder Tomatenspaghetti auf europäischen Tellern landeten. Oder an Autos und Mobiltelefone, die uns ohne Import von Fertiggütern und Rohstoffen nicht zur Verfügung stünden.

Ohne einen gewissen Grad an Globalisierung wäre unser heutiges Leben kaum mehr vorstellbar. Trotz dieser schönen Seiten bleibt die fortschreitende Globalisierung der Weltwirtschaft eine Gefahr für die Menschheit, denn sie öffnet Ausbeutung und Umweltzerstörung Tür und Tor.

Unter den Teilnehmern am WEF befanden sich auch Staatschefs einiger afrikanischer Länder – Länder in denen auch die fundamentalsten Menschenrechte nach wie vor mit Füßen getreten werden, Umweltschutz ein Fremdwort ist und ein Ende der grassierenden Armut der Bevölkerung nicht in Sicht ist.

Die meisten afrikanischen Völker sind deshalb arm, weil sie nicht Herr im eigenen Land sind. Diese sind nämlich die Eliten, die sich unter anderem von Grosskonzernen kaufen lassen und sich eine goldene Nase auf dem Buckel ihres Volkes verdienen.

Aber längst sind es nicht mehr nur die Multis, die in Entwicklungsländern ihr Unwesen treiben. Immer mehr Staaten mischen sich ein und wollen ihr Stück vom Kuchen abbekommen. China investiert beispielsweise seit Jahren Milliardenbeträge in Afrika, vor allem in die Infrastruktur. Dies tun sie natürlich nicht aus Grossmut, sondern um die abgebauten Rohstoffe für ihre wachsende Volkswirtschaft besser abtransportieren zu können.

## Zerstörung der Lebensgrundlage

Neben der Tatsache, dass man die Einheimischen mit solchen Vorgehensweisen der Möglichkeit beraubt, je eine eigene funktionierende Volkswirtschaft aufzubauen, zerstört man durch den Raubbau in den Gold- und Diamantminen oder durch das Abfackeln der Wälder auch noch die Umwelt und damit die Lebensgrundlage der Menschen.

Die Glencore plc beispielsweise – die weltweit grösste im Rohstoffhandel tätige Unternehmensgruppe mit Sitz in der Schweiz – verseucht weltweit die Böden ganzer Regionen mit den Giften ihrer Minen.

Als Beispiele seien hier der Kongo und Peru zu nennen. Einmal kontaminiert, kann auf diesen Landstrichen keine Landwirtschaft mehr betrieben werden. Ein weiteres Beispiel ist der Lebensmittelkonzern Nestlé, ebenfalls mit Sitz in



*Nestlé bemächtigt sich in ärmeren Ländern des Grundwassers und verkauft dieses dann den Einheimischen zu hohen Preisen. Das ist die hässliche Fratze der Globalisierung!*

der Schweiz, der immer wieder in der Kritik steht, den Menschen in Afrika und anderen Regionen, wo Wasser ohnehin schon Mangelware ist, das Grundwasser abzugraben, um es ihnen in PET-Flaschen teurer wieder zu verkaufen. Die sehr oft aus solch prekären ökologischen, ökonomischen und sozialen Zuständen resultierenden Migrationsströme in Richtung Europa und der Schweiz zwingen uns in der Folge ebenfalls dazu, unseren Lebensraum weiter zu zerstören – zwar nicht durch den rücksichtslosen Abbau von Edelmetallen und Diamanten, aber durch die fortwährende Zubetonierung unseres fruchtbaren Ackerlandes aufgrund des ungebremsten Bevölkerungswachstums. **Auch unsere Volksidentität und -solidarität leidet unter der zunehmenden Zahl an Neuankömmlingen aus Afrika und verschwindet je länger je mehr.**

## Konzernverantwortungsinitiative als guter Anfang

Grundsätzlich ist es begrüssenswert, dass die Organisatoren des WEFs auf die sozialen und ökologischen Probleme der Welt aufmerksam machen wollen. Der Anlass böte nämlich eine ideale Plattform dazu, wenn da nicht die wirtschaftlichen Interessen verschiedenster Seiten im Wege stünden. **Daher braucht es geeignete politische Massnahmen, um die Grosskonzerne zu verantwortungsvollerem Handeln zu zwingen.**

Die Konzernverantwortungsinitiative verlangt, dass Konzerne mit Sitz in der Schweiz bei ihren Geschäften sicherstellen sollen, dass sie die Menschenrechte respektieren und Umweltstandards einhalten.

Dubiose Multis oder deren Tochterfirmen, die sich nicht an das Gesetz halten, müssen für ihre Verbrechen geradestehen und für verursachte Schäden haften. Sie sollen in der Schweiz auch für Verbrechen im Ausland zur Rechenschaft gezogen werden können. Solche Massnahmen sind bitternötig, denn ob sich nach den grossen Absichtserklärungen der WEF-Eliten etwas an der Umwelt- und Sozialproblematik ändern wird, bleibt fraglich. Wahrscheinlich werden auch die wiederholten Auftritte von Greta Thunberg nicht viel bewegen können. Einen Donald Trump konnte sie mit ihrer Rede jedenfalls nicht überzeugen.

*Roland Uhler, e. Gemeinderat, Präsident SD Kanton St. Gallen, St. Gallen*



**Achtung:** Bei dieser Zeitung handelt es sich um eine politische Information. Dies ist der Grund, weshalb sie auch in jene Briefkästen verteilt wird, auf denen sich ein Stopp-Kleber befindet. Dies ist gesetzlich erlaubt!

**Eine Begrenzung der Zuwanderung kann nur mit einer Kündigung der Personenfreizügigkeit umgesetzt werden. Ja zur Begrenzungsinitiative!**

## Zwängerei aus dem Zürcher Stadthaus

Mit einer Behördeninitiative verlangt der Zürcher Stadtrat, dass der Kanton Zürich die Gemeinden ermächtigt, Ausländern das Stimmrecht zu geben. Dabei sollen schon eine Aufenthaltsbewilligung B und zwei Jahre Aufenthalt in der Schweiz genügen.

**Damit erhielte eine grosse Zahl von Personen, die noch kaum der hiesigen Sprache mächtig ist und von den politischen Institutionen und Verhältnissen keine Ahnung hat, die gleichen Mitentscheidungsrechte wie die Einheimischen.**

Soll dann das Abstimmungsbüchlein auch in englischer, serbokroatischer, türkischer und in allerlei afrikanischen Sprachen erscheinen? Oder richtet Stadtpräsidentin Mauchs SP ein Beratungsbüro ein, wo den frisch mit dem Stimmrecht beglückten Menschen aus allen Ecken dieser Welt das Stimmmaterial parteikonform ausgefüllt wird? Der Stadtrat wirbt für seinen absurden Vorstoss mit dem Argument, so liessen sich

### Zusammenhalt und Stabilität der gesamten Gesellschaft stärken.

Das Gegenteil wäre die Folge. Wenn wir unser wertvollstes politisches Gut, das Stimm- und Wahlrecht, derart verschenken, fällt für Ausländer auch noch der letzte Rest von Anreiz weg, unsere Sprache zu erlernen, sich an unsere Kultur und Lebensweise anzupassen und dann auf ordentlichem Weg Schweizer Bürger zu werden. Die Initiative des Zürcher Stadtrates sorgt dann dafür, dass sich in unserem Volkskörper noch mehr fremdkulturelle «Metastasen» ausbreiten.

**Irgendwann werden diese stark genug sein, um zusammen mit von Hass aufs eigene Volk erfüllten Schweizern eine Mehrheit zu bilden und noch mehr schweizerfeindliche Forderungen durchzusetzen.**

Mit Entsetzen musste die Öffentlichkeit kürzlich zur Kenntnis nehmen, dass 85 Kantonsräte die



*Politische Rechte für Ausländer verhindern Integration und begünstigen Parallelgesellschaften.*

Einführung eines Ausländerstimmrechts vorläufig unterstützen. Es ist nicht auszuschliessen, dass sich am Ende sogar eine Mehrheit des Kantonsparlaments dafür ausspricht. **Dabei ist der stadträtliche Vorstoss eine grobe Zwängerei, lehnte doch das Zürcher Volk erst vor wenigen Jahren eine ähnliche Initiative mit erdrückender Mehrheit ab. Auch die Stadt Zürich sagte deutlich Nein.**

**Wir Schweizer Demokraten tun gut daran, uns jetzt schon auf einen energischen Abstimmungskampf vorzubereiten, denn dieser politische Irrsinn muss unbedingt und haushoch gebodigt werden!**

*lic. iur. Christoph Spiess,  
e. Gemeinderat,  
Co-Zentralpräsident, Zürich*

## Tötung von Qasem Soleimani reine US-Wahlpropaganda

Gemäss Tim Guldemann, ehemaliger Botschafter im Iran, übernimmt die Schweiz im Iran die Interessensvertretung für die USA.

Das ist vollkommen absurd. Ist die Grossmacht USA nicht imstande, ihre Interessen selbst und gewaltfrei zu vertreten? **Weshalb lässt**

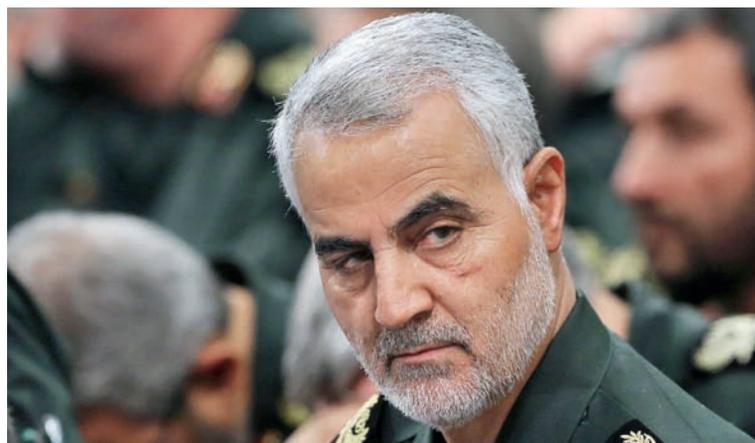
**sich die Schweiz auf diplomatischer Ebene derart missbrauchen?** Aus Sicht der USA und im Hinblick auf die Wiederwahl von Donald Trump mag der Abschuss des ausländischen Kriegsverbrechers General Qasem Soleimani «richtig» sein. **Was indes sehr grosse Sorgen bereitet, ist die Tatsache, dass die neutrale Schweiz in diesen Konflikt zwischen den USA und dem Iran respektive des Irak, welcher bereits Rache angekündigt hat, mit hineingezogen werden könnte.**

Tim Guldemann sagt, dass die Schweiz im Kommunikationskanal, der beiden Seiten offensteht, nicht die Rolle einer Vermittlerin habe. Es geht offensichtlich darum, Botschaften der Konfliktstaaten zu übermitteln. Die «Interessensvertretung» zugunsten einer Grossmacht, welche immer wieder durch unberechenbare Entscheidungen auffällt, ist brandgefährlich und widerspricht unserer Neutralität!

**Wenn der Schweizer Botschafter im Iran bereits zweimal einbestellt wurde, so versucht man doch abzuklären, ob die Schweiz in irgendeiner Art «mitschuldig» sei.**

**Ich erwarte dringend, dass unser FDP-Aussenminister Ignazio Cassis diesen der Schweiz unwürdigen Zustand ändert! Wir sind keine Steigbügelhalter für die von US-Präsident Donald Trump in Auftrag gegebenen blutigen «Heldentaten»!**

*Marcus Stoercklé jun., Basel*



*Ob die Tötung von General Qasem Soleimani gerechtfertigt war, hat für die Schweiz keine grosse Bedeutung. Sie muss jedoch in diesem Konflikt zwischen den USA und dem Iran unbedingt neutral bleiben!*

**Bezahlbare Mieten für finanziell schwache Schweizer Bürger!  
Am 9. Februar 2020 – Ja zur Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen»!**

## Ja zur Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen»

(Urnengang vom 9. Februar 2020)

Mit dieser Initiative will man im Allgemeinen günstige Mietwohnungen fördern. Der Marktanteil von gemeinnützigen Wohnbauträgern soll stetig erhöht werden und schliesslich gesamtschweizerisch mindestens 10% der neu erstellten Wohnungen betragen.

**Obwohl sich der sogenannte Referenzzinssatz auf chronisch tiefem Niveau befindet, wurden die Mieten kaum jemals angeglichen, sodass diese heute um 40% zu hoch sind.**

Bei nicht gewinnorientierten Wohnangeboten muss der Mieter lediglich die tatsächlichen Kosten bezahlen, was im Vergleich zu einem herkömmlichen Mietverhältnis Einsparungen von zwei bis drei Monatsmieten pro Jahr zur Folge hat. **Zudem ist die Schweiz aufgrund des zuwanderungsbedingten Bevölkerungswachstums seit etwa 20 Jahren in einem Zustand der dauerhaften Urbanisierung.**

**Die geografischen Unterschiede der Wohnungsmieten reduzieren sich immer stärker und machen eine Regulierung des Marktes unumgänglich.**

**Letztlich dürfen wichtige energetische Baumassnahmen nicht zu Massenkündigungen oder luxuriösen Sanierungen führen.** Für die Schweizer Demokraten (SD) hat



*Vor allem in urbanen Gebieten gibt es zu wenig preisgünstige Wohnungen.*

die Schaffung von preisgünstigem Wohnraum für finanziell schwache Schweizer Bürger mittels Prozent-Regelung eine wichtige Bedeutung, zumal dieses Instrument bereits in einigen urbanen Gemeinden erfolgreich angewendet wird. Deshalb beschliesst man die Ja-Parole.

**Zur Änderung des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes (Diskriminierung und Aufruf zu Hass aufgrund der sexuellen Orientierung) wurde bereits zu einem früheren Zeitpunkt die Nein-Parole beschlossen.**

SD-Zentralvorstand

## AHV statt Asylwesen unterstützen

Die Frontex (Europäische Grenzschutzbehörde) sollte Europa vor illegalen Migranten schützen. Sie zählt gegenwärtig 1'500 Mitarbeiter. Bis ins Jahr 2027 sind deren 10'000 vorgesehen. Die jährlichen Kosten betragen allein für die Schweiz 14 Millionen Franken, eine Erhöhung auf 70 Millionen Franken ist geplant. Jedoch bezahlen wir einerseits Beiträge an die Frontex, um uns vor illegalen Einwanderern zu schützen. Andererseits stellen wir Asylunterkünfte samt kostspieliger Infrastruktur zur Verfügung. **Auch subventionieren wir dubiose NGO's, die ihrerseits «Retter» von im Mittelmeer «schiffbrüchigen» Migranten unterstützen.**

**Diese «Retter» sind in Wirklichkeit Schlepper, denn sie bringen bei den geplanten Havarien «gerettete» Flüchtlinge meistens nicht etwa zurück ins näher gelegene Libyen, sondern nehmen sie mit ins weiter entfernte Europa.**

### Kündigung der Flüchtlingskonvention

Bei den sogenannten Flüchtlingen handelt es sich weitgehend um Leute, die nur auf unsere Kosten besser leben wollen. Unterkunft, Verpflegung, medizinische Versorgung, Anwälte, Berater usw. sind

für diese Leute gratis. **Nicht wenige von ihnen begehen Straftaten, was für die Befürworter des heutigen Asylwesens natürlich belanglos ist.**

**Letztlich kann man nur mit einer Kündigung der Genfer Flüchtlingskonvention diese unerfreulichen Zustände beenden. Die Schöpfer dieser Konvention waren sich seinerzeit nicht über die vielfältigen Missbrauchsmöglichkeiten bewusst.**

Falls wir sie wirklich kündigen, fallen NGO's, die UNO und andere internationale Organisationen – unterstützt durch helvetische Gutmenschen – mit massiver Kritik über uns her. Es stellt sich aber die Frage, warum sie denn ihre Vorwürfe nicht direkt an die Herkunftsländer der Flüchtlinge richten würden.

**Anstatt Milliarden von Franken für Entwicklungshilfe (womit wenig entwickelt wird) und unerwünschte Migranten auszugeben, wäre es notwendiger, die AHV zu sanieren (und zwar ohne Beitragserhöhungen).**

**Viele AHV-Bezüger haben ein Leben lang gearbeitet und deshalb eine anständige Rente verdient.**

Otto Weiersmüller, Uetikon

## Veranstaltungshinweise der SD-Sektionen

 **SD Schweiz: Ordentliche Mitgliederversammlung (Frühlingsversammlung),** Samstag, 4. April 2020, 10.30 Uhr, Restaurant «Dietiker», Alte Gasse 1, 5034 Suhr.

 **SD Kanton Bern: Ordentliche Mitgliederversammlung,** Dienstag, 31. März 2020, 19.00 Uhr, Restaurant «Jäger», Murtenstrasse 221, 3027 Bern-Bethlehem.

**SD Stadt Bern: Höck** (Bei Vorstandssitzungen sind Gäste stets eingeladen!) im Restaurant «Jäger», Murtenstrasse 221, Bern-Bethlehem. Postauto Nr. 101, Haltestelle Untermattweg (von dort

ca. 1 Minute zu Fuss). Oder Tram Nr. 8 Richtung Brünnen-Westside, Haltestelle Säge (von dort etwa 5 Minuten zu Fuss). Jeden letzten Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr. Infos über Tel. 031 974 20 10.

**Berner Oberland: Höck** im Hotel «Milan» in Ringgenberg. Jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr. Weitere Infos über Tel. 033 822 68 62.

 **Bezirk Baden und Umgebung: Stamm** im Hotel «Winkelried», Landstr. 36, Wettingen. Jeden 1. Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr. Weitere Infos über Tel. 056 222 68 72.

 **Luzern-Innerschweiz: Ordentliche 54. Generalversammlung der SD Waldstätte,** Samstag, 7. März 2020, 14.30 bis 17.30 Uhr, Gasthaus zur Waldegg, im Luzerner Stübli, Kantonsstrasse 8, 6048 Horw/Luzern. Bus 20 ab Luzern Bahnhof bis Haltestelle «Waldegg». Es sind auch genügend Parkplätze für Automobilisten vorhanden. Eine separate Einladung an unsere Mitglieder folgt per Brief. Alle Mitglieder und deren Angehörige sowie Interessierte sind herzlich eingeladen!

**Höck** im Bistro «Spatz», Obergrundstrasse 103, Luzern. Jeweils am letzten Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr (ausser im August und

Dezember). Es ist immer jemand da! Bus-Nr. 1, 11, 20 ab Luzern Bahnhof bis Haltestelle Eichhof. Infos über Tel. 076 416 17 00.

 **Kantonalsektion St. Gallen: Kantonale Mitgliederversammlung,** Samstag, 29. Februar 2020, in Wattwil.

**Stamm** am Donnerstag, 5. März 2020, ab 19.30 Uhr im Restaurant «Hirschen», Rorschacherstr. 109, St. Gallen. Weitere Infos über Tel. 079 639 06 07, abends.

## Gewaltige Abwanderung in Osteuropa

Junge, ausgebildete Rumänen, Bulgaren und Griechen wandern massenhaft aus – in ihrer Heimat fehlen sie dramatisch. Auch hierzulande wird immer mehr auf billige Arbeitskräfte aus Mittel-, Ost- und Südosteuropa gesetzt. Während die wirtschaftsstarke mittlereuropäische Volkswirtschaften davon durchaus profitieren, hat es für die armen EU-Staaten fatale Folgen. In Rumänien schrumpft vielerorts die Bevölkerung, weil die Jungen auf der Suche nach besserer Arbeit fortziehen. Diese bringen zwar Geld nach Hause, aber das ist letztlich nicht mehr als ein Tropfen auf den heissen Stein. **Unter allen EU-Ländern verzeichnet Rumänien den grössten Anstieg der Auswanderung seit 1990.**

**Einen zum vergangenen Jahreswechsel veröffentlichten Report der Weltbank zufolge arbeiten und leben etwa 4 der insgesamt 19,6 Millionen Rumänen ausserhalb ihres Heimatlandes.**

Unter den Auswanderern sind etwa 2,6 Millionen im erwerbsfähigen Alter, was fast einem Fünftel der arbeitenden Bevölkerung des Landes entspricht.

### Bulgarien schrumpft am stärksten

Ganz ähnlich sieht es im benachbarten Ausland Rumäniens aus.

Seit dem Fall des Eisernen Vorhangs kämpft auch Bulgarien mit einer enormen Abwanderung. **Das Land ist das wirtschaftliche Schlusslicht der EU, und die Bevölkerung schrumpft in keinem Land der Welt so schnell.**

**Schätzungen zufolge sollen mehr als 1,2 Millionen Bulgaren im Ausland leben, die Zahl der Einheimischen ist kürzlich unter die Sieben-Millionen-Marke gefallen.**

So sind es nicht nur ungelernete Arbeitskräfte, die ihre Heimat bereits verlassen haben. Auch hochqualifizierte Kräfte, insbesondere Mediziner, sind massenhaft ausgewandert. **2013 waren bereits mehr als 14'000 rumänische Ärzte im Ausland tätig. Das entspricht einem Drittel der Gesamtzahl der Ärzte des Landes.**

**Ein ähnliches Bild bietet Griechenland. Rund ein Fünftel der Einheimischen will das Land auf der Suche nach besser bezahlten Arbeitsstellen und mehr Wohlstand verlassen, heisst es in einer neuen Studie.**

Die meisten dieser Menschen seien jung. Diejenigen, die das Land bereits verlassen haben, wollen nicht zurückkehren, zumindest nicht vor ihrer Pensionierung – wiederum vor allem wegen des höheren Lebensstan-



*Wenn jüngere qualifizierte Leute massenweise ins Ausland abwandern und ältere gebrechliche Menschen ohne jegliche Versorgung zurückbleiben, ist das die Kehrseite der Personenfreizügigkeit (Bild: entvölkertes Dorf in Bulgarien).*

dards im Ausland, heisst es in der Umfrage.

### Rotes Kreuz versorgt bulgarische Dörfer

Vor Ort sind die Aussichten dagegen trübe. Selbst Ungarn und auch Polen, das wirtschaftliche Musterland der neuen EU-Länder, hat mit einer massiven Abwanderung zu kämpfen. **Im baltischen Lettland leben zum Beispiel fast 27 Prozent weniger Menschen als zu Beginn der Unabhängigkeit im Jahr 1991.**

**Die Auswirkungen sind fatal. Viele bulgarische Dörfer müssen schon von mobilen Teams des Roten Kreuzes versorgt werden, weil dort nur noch alte Menschen leben.**

Sie brauchen nicht nur oft Pflege, sondern haben auch keine Möglichkeit mehr zum Einkaufen. **Die Jungen, die das übernehmen könnten, sind lange weg.** Es fehlt an Krankenhäusern, weil es kaum noch Ärzte gibt, es fehlt an Schulen, weil die Lehrer ausgewandert sind, und es fehlt an Kindergärtnerinnen, weil die Erzieher ihr Glück lieber im reichen Westen suchen.

**Die Personenfreizügigkeit mit der EU ist und bleibt eine neoliberale Fehlkonstruktion, welcher wir hierzulande am 17. Mai 2020 an der Urne ein Ende setzen können.**

*Bernhard Hess,  
e. Nationalrat, Bern*

## Amerikanisierung der Universitäten

Seit etwa 20 Jahren findet eine Amerikanisierung der Universitäten statt. Durch die sogenannte Bologna Reform wurde dies noch verstärkt. Dabei sind zahlreiche Nachteile zu erwähnen. So wurde beispielsweise das hiesige duale Bildungssystem geschwächt. Nun wollen immer mehr Jugendliche ein Tertiärstudium absolvieren. Zudem ist der übermässige Gebrauch der englischen Sprache nicht gut. **Forscher haben herausgefunden, dass die Verwendung des Englischen bei Nicht-Muttersprachlern zu einer verringerten Leistungsfähigkeit führt.** Ausserdem studieren an den Schweizer Universitäten sehr viele Ausländer.

**Da jedoch in etlichen Ländern die Berufsausbildung nicht**

**über dieselbe Qualität verfügt, finden sich in unseren Hochschulen zahlreiche mässig kompetente Studenten.**

**Die Schwächung des dualen Bildungssystems hat zugleich zur Folge, dass genauso immer mehr einheimische Personen mit ungenügenden Leistungen ein Universitätsstudium durchlaufen können.** Solche Leute nehmen dann später einflussreiche Positionen ein und überfordern sich damit selbst. **Des Weiteren wurde der administrative Apparat der Universitäten in den vergangenen Jahren stark aufgebläht, was hohe Kosten verursachte.** Aus diesen Gründen kämpft beispielsweise die Universität Basel mit finanziellen Problemen.

### Einfluss der Wirtschaft

Am Anfang des 20. Jahrhunderts hatte die Schweiz eine eigene Wissenschaftskultur (alle deutschsprachigen Länder). Während dieser Zeit gab es etliche Nobelpreisträger aus dem deutschen Sprachraum, darunter einige Schweizer. **Nun orientieren sich die hiesigen Universitäten bezüglich des wissenschaftlichen Betriebs zunehmend stärker an den US-Amerikanern.** Auch der Einfluss der Wirtschaft gegenüber den Hochschulen nahm zu. Selbstverständlich ist eine zielgerichtete gegenseitige Kooperation von elementarer Bedeutung.

**Dennoch überwiegen wirtschaftliche Interessen, sodass**

**die unabhängige Forschung nicht mehr gewährleistet ist. Das Problem liegt mitunter ebenfalls bei der Finanzierung der Universitäten, wobei mächtige Unternehmungen ihre Finger im Spiel haben.**

**Deshalb können kritische Studien gegen bestimmte Firmen nicht ohne jegliche Schwierigkeiten durchgeführt und veröffentlicht werden.** Zu erwähnen wäre beispielsweise eine wissenschaftliche Untersuchung zur Gentechnologie in der Landwirtschaft.

*Walter Huber, Basel*



## Revoici le «milliard de cohésion»! (suite)

La suite de la première partie du dernier numéro.

Il n'y a donc aucune justification à exiger de la Suisse qu'elle verse une rançon analogue à des arrhes, c'est-à-dire une somme exigible du seul fait qu'un contrat est conclu. **Ou faudrait-il que la Suisse exige de l'UE, en contrepartie, un montant «de cohésion» pour l'accès à son propre marché intérieur, p. ex. en faveur de nos régions de montagne ou de nos compatriotes défavorisés?** Et combien vaut le droit, pour l'UE, d'exporter son chômage en Suisse au bénéfice de la «libre circulation» et d'économiser ainsi des montants gigantesques en prestations sociales? De tout cela, personne ne parle. **Puisqu'il n'y a aucune réciprocité en faveur de notre pays. Bref, c'est de l'extorsion pure et simple.**

**Pour obtenir ce nouveau «milliard de cohésion» tant convoité, l'UE n'a pas hésité à faire pression sur la Suisse, notamment en refusant à notre pays le renouvellement de l'équivalence boursière qui venait à échéance le 30 juin 2019.**

Cet acte agressif, de pure chicane, a suscité une (timide) réaction de la Suisse, annoncée le 24 juin 2019 sur la base d'une ordonnance du 30 novembre 2018 qui prévoit une obligation d'obtenir une reconnaissance pour les plates-formes boursières étrangères qui admettent la négociation d'actions suisses.

**C'est ainsi que, le 27 juin 2019, le Département fédéral des finances a retiré la reconnaissance aux plates-formes de négociation ayant leur siège dans l'UE, avec effet au lundi 1<sup>er</sup> juillet 2019.**

À partir de cette date, ces plates-formes ont ainsi l'interdiction de proposer ou de permettre la négociation de certaines actions de sociétés suisses. Le but explicite de la mesure est de «protéger l'infrastructure boursière suisse»<sup>3)</sup>.

Ironie du sort: l'index boursier suisse de référence (le SMI) a atteint un record absolu en dépassant le seuil fatidique de 10000

presque immédiatement après la fin de l'équivalence, à savoir le mardi 2 juillet 2019! Depuis lors, le seuil de 10500 a été dépassé et le second semestre de l'année boursière 2019 est d'un millésime exceptionnel au moment où nous écrivons ces lignes.

**Bref, les rétorsions de l'UE n'ont eu aucun effet sur notre place financière, qui continue de performer au moins aussi bien que notre économie!**

**C'est l'occasion de donner une leçon d'économie libérale à l'UE, en lui rappelant que le marché a toujours raison. Donc que le marché a – quoi que l'on puisse penser des principes libéraux – opté en faveur de la Suisse en dépit des chicanes dirigées contre notre pays.**

Que faut-il en déduire? Qu'il vaut la peine de se défendre, qu'il ne faut pas avoir peur, que les «petits» ne sont pas toujours à la merci des «gros». Quels sont les effets de cette mesure de défense prise par notre pays?

**Que le paiement du nouveau «milliard de cohésion» est suspendu jusqu'au règlement du litige boursier. La place financière suisse n'a pourtant subi aucun préjudice du fait du refus du renouvellement de l'équivalence boursière.**

Cette chicane étant demeurée sans effet, l'UE se trouve privée d'un moyen de pression. La Suisse n'a donc pas intérêt à annoncer qu'elle pourrait revenir sur la mesure prise le 27 juin 2019. Si la Confédération le fait néanmoins, c'est évidemment qu'elle envisage de céder. Une fois encore. **Autrement, le Conseil fédéral n'aurait pas même soumis son texte aux Chambres, mais se serait contenté d'attendre.** Pourtant, nous ne sommes pas non plus dépourvus de moyens de défense contre les autres pressions de l'UE, qui portent en particulier sur l'accord institutionnel et l'intégration des chercheurs suisses dans les programmes européens. **Il s'agit donc, d'ores et déjà, d'une capitulation face à l'UE.**

Plus d'un milliard sur dix ans, c'est un sacrifice considérable. **Ce montant sera fatalement à la charge du peuple suisse, par une hausse de nos impôts et/ou une diminution des prestations ou des investissements publics, l'amortissement de la dette devant être considéré comme un investissement.** De plus, rien ne permet d'affirmer que l'état des finances fédérales permettra de verser une telle somme le moment venu. Les excédents budgétaires actuels sont en effet menacés par un possible changement dans la taxation des sociétés multinationales, envisagé par l'Organisation de coopération et de développement économiques (OCDE), avec l'appui des Etats du G20.

**Le nouveau mode de répartition prévu risque de priver la Suisse de rentrées fiscales pour un montant annuel compris entre 500 millions et cinq milliards de francs en l'état actuel des estimations<sup>4)</sup>.**

**Malgré ses 60 pages, le Message du Conseil fédéral sur le deuxième «milliard de cohésion» n'en touche mot, ne serait-ce que pour formuler une réserve en fonction de l'évolution des finances.** Alors même que, face à de tels risques, 1302 millions ne seraient pas de trop pour contribuer à amortir la dette de la Confédération. Qui plus est, les règles de l'OCDE interdisent que cette nouvelle somme soit imputée à l'aide publique au développement de la Suisse, comme l'admet le Conseil fédéral lui-même.

**En d'autres termes, il s'agit de maintenir le nouveau «milliard de cohésion» quel que soit l'état des finances fédérales. Evidemment au détriment de toute économie ou de tous autres investissements, autrement plus utiles.**

Nous sommes désolés de vous imposer un texte aussi «technique», mais nous y sommes contraints, puisque les partisans de l'UE tentent de dissimuler les faits essentiels. Pour faire court: nous ne de-

vons rien de plus à l'UE que ce qui est expressément prévu par les traités internationaux; accepter de verser un nouveau «milliard de cohésion», c'est céder à la force et renoncer à la protection du droit; c'est brader notre indépendance et notre souveraineté; c'est aussi ouvrir la porte à de nouvelles revendications; c'est, enfin, compromettre les finances fédérales.

**Cette capitulation en augure d'autres et porte une atteinte probablement irrémédiable à la souveraineté de notre pays.**

DS Vaud

<sup>3)</sup> <https://www.admin.ch/gov/fr/accueil/documentation/communiqués.msg-id-75633.html> et <https://www.admin.ch/gov/fr/accueil/documentation/communiqués.msg-id-75545.html>.

<sup>4)</sup> Vu l'importance de Nestlé comme contribuable, il va sans dire que le canton de Vaud risque d'être particulièrement touché.

### Consignes de vote pour les votations fédérales du 9 février 2020

- Non à la modification du code pénal et du code pénal militaire (Discrimination et incitation à la haine en raison de l'orientation sexuelle)
- Oui à l'initiative populaire «Davantage de logements abordables»

### Assemblée ordinaire des membres des DS Suisse (assemblée de printemps)

Samedi 4 avril 2020, de 10h30 à 15h30

Restaurant «Dietiker», Alte Gasse 1, 5034 Suhr

Lors de cette assemblée, tous les membres des DS auront le droit de voter.

Offizielles Organ der  
Schweizer  
Demokraten **SD** 

SD-Zentralsekretariat  
Postfach, 3001 Bern  
Telefon 031 974 20 10

Postkonto 80-2270-0  
(Zentralkasse Killwangen)  
www.schweizer-demokraten.ch  
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Redaktion  
Schweizer Demokrat  
Postfach  
3001 Bern

Redaktoren:  
Adrian Pulver,  
SD-Geschäftsführer, Bern (CR)  
Rudolf Keller, e. Nationalrat/  
e. Landrat, Frenkendorf  
Dr. D. J. Najman, e. Grossrat, Baden  
Margrit Neukomm, Bern

## Schuppentiere am Aussterben

Die Vorfahren der Schuppentiere existierten schon vor 80 Millionen Jahren und heute sind sie an erster Stelle auf der Liste der bedrohten Tierarten. Kein anderes Säugetier wurde häufiger gefangen, getötet, gehandelt und geschmuggelt. Allein in den letzten 16 Jahren wurden über eine Million Schuppentiere illegal gewildert! Die Schuppentiere sind die einzigen Säugetiere, deren Körper mit scharfkantigen Hornschuppen gepanzert ist.

Sie werden auch «Pangoline» genannt, nach dem malaysischen Wort «Penggulin», da sie sich bei Gefahr zu einer Kugel zusammenrollen, die wie ein Fussball aussieht. Doch das hilft ihnen wenig, weil die Wilderer sie einfach und bequem wie Bälle einsammeln können.

Ihre Hauptfeinde sind Menschen, nebst Bären, Wölfen und Kojoten. Sie können 12 bis 15 Jahre alt werden, ein Gewicht bis zu 35 Kilogramm erreichen, und eine Körperlänge von bis zu 150 Zentimetern. Die Schuppentiere sehen aus wie Tannzapfen auf Beinen, ernähren sich grösstenteils von Ameisen und Termiten, die sie mit ihrer bis zu 70 cm langen Zunge auflecken. **Jährlich gebären die Weibchen ein Junges, selten zwei, die sie auf ihren Schwänzen während drei Monaten mit sich herumtragen.**

Sie kommen in Asien und Afrika vor, leben in Wäldern, Buschland, Steppen und Savannen. Als Unterschlupf dienen den Tieren Erdbauten. Sie sind mit den Ameisenbären und Faultieren entfernt verwandt.

### Opfer der traditionellen chinesischen Medizin

In China und Vietnam gilt Schuppentierfleisch als Delikatesse und zugleich Heilmittel. Dies ist jedoch ein asiatischer Aberglaube, die Schuppen bestehen wie unsere Fingernägel nur aus Keratin. Die Gier nach Delikatessen und chinesischer Aberglaube bringen nun diese einzigartigen Tiere an den



Kann das Schuppentier noch gerettet werden?!

Rand des Aussterbens. Der Bestand an asiatischen Schuppentieren wurde allein während der letzten 10 Jahre um 80% reduziert. Die Händler weichen nun immer mehr nach Afrika aus, sodass jetzt auch die afrikanischen Arten bedroht sind.

Im Grenzgebiet zwischen Thailand, Laos und Myanmar liegt einer der weltweit übelsten Handelsumschlagplätze für illegale Wildtierprodukte. Im «Goldenen Dreieck» findet man alles; Casinos, Einkaufszentren, Speiselokale und Bordelle.

Zu den beliebtesten illegalen Tierprodukten gehören Felle, sowie Knochen und Fleisch von Tigern, Elfenbeinschnitzereien, Elefantenhaut als Medizin, und natürlich Schuppentiere, tot oder lebendig. Weiter sehr begehrt sind Bären (Bärengalle), Nashörner (Horn), Schildkröten (Panzer) und Leopard (Fell, Knochen und Zähne).

Ein Kilogramm Schuppentierfleisch kostet in vietnamesischen Feinschmeckerlokalen bis zu 350 Franken. Eine grosse Auswahl an Zubereitungsarten findet der Gast auf der Speisekarte: Gebraten, grilliert, gedämpft und geschmort, je nach Wunsch.

Seit 2017 ist der internationale Handel mit Schuppentieren verboten. Es gibt nur noch acht Schuppentierarten, je vier in Asien und in Afrika. Dennoch beschlagnahmen die Behörden weiterhin Hunderte von Exemplaren und Tonnen von Schuppen.

Schuppen und Blut werden in der chinesischen Volksmedizin als vermeintliche Heilmittel eingesetzt. Auf diese Weise kann jedoch die Lepra übertra-

gen werden. Ein Kilogramm Schuppen wird für 1'000 US-Dollar gehandelt. Trotz weltweitem Verbot geht es einfach so weiter, weil es dermassen lukrativ ist.

### Weitere Massnahmen erforderlich

Der WWF engagiert sich sehr für den Schutz der Schuppentiere und hat beim Ausarbeiten des Verbots mitgemacht, jetzt sollen noch strengere Kontrollen und Strafen durchgesetzt werden.

Ausserdem müssen die Schmuggler Routen sowohl in Afrika als auch in Asien stillgelegt und die illegalen Märkte im «Goldenen Dreieck» sofort geschlossen werden.

China, Vietnam und Malaysia wurden dringend aufgefordert, den illegalen Handel mit Schuppentieren zu unterbinden und Berichte über die aktuellen Bestände vorzulegen. Ein weiteres Ziel ist auch, Aufklärungsarbeit zu leisten, der asiatischen Bevölkerung klar zu machen, dass keinerlei Heilwirkung von den Schuppentierprodukten ausgeht. Zusätzlich gibt es Hilfe vor Ort für die bedrohten Tiere, in Vietnam beispielsweise, wo die den Händlern abgenommenen, teils verletzten und traumatisierten Schuppentiere gesundgepflegt und wieder ausgewildert werden.

Die Schuppentiere sind kurz vor dem Aussterben und teilen dieses Schicksal mit 23'250 Tieren und Pflanzen unserer Erde. Momentan ist das grösste Massensterben seit dem Verschwinden der Dinosaurier im Gange.

Der WWF kommentiert dies folgendermassen: «Die Rote Liste ist eine Art Fieberkurve der Artenvielfalt, sie zeigt, dass es den Patienten immer schlechter geht!» Dieses grosse Sterben der Tiere und Pflanzen auf unserer Erde, das nur vom Menschen herbeigeführt wird, muss sofort gestoppt werden!

Margrit Neukomm,  
Zentralwizpräsidentin, Bern



**Stärken Sie die Schweizer Demokraten durch Ihre Mitgliedschaft!**

Abonnement  
**SCHWEIZER DEMOKRAT**  
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–  
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!  
 Nur Zeitungsabonnement  
 Nur Adressänderung  
\_\_\_ Ex. SD-Zeitungen zum Verteilen

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Beruf: \_\_\_\_\_ Jahrgang: \_\_\_\_\_

Strasse/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Wohnort: \_\_\_\_\_

Telefon/Natel: \_\_\_\_\_

E-Mail: \_\_\_\_\_

Datum/  
Unterschrift: \_\_\_\_\_

Schweizer Demokraten (SD),  
Postfach, 3001 Bern  
schweizer-demokraten@bluewin.ch

**Am 4. April 2020 findet im Restaurant «Dietiker» in Suhr (Veranstaltungshinweise auf Seite 5) die nächste schweizerische Mitgliederversammlung statt. Sämtliche SD-Mitglieder sind herzlich eingeladen!**